

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. März 1992

am Donnerstag, dem 19. März 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bartsch, Holger (SPD)	67, 68	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU) . . .	13
Böhm, Wilfried (Melsungen) (CDU/CSU)	26, 27	Mehl, Ulrike (SPD)	69, 70
Bury, Hans Martin (SPD)	7, 8	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	83, 84
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	78, 86	Mosdorf, Siegmар (SPD)	4, 5
Duve, Freimut (SPD)	28, 29	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	91
Erlер, Gernot (SPD)	50, 51	Münтеfering, Franz (SPD)	37, 38
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Ostertag, Adolf (SPD)	46, 47
	20, 21	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	30, 31
Ferner, Elke (SPD)	92, 93	Dr. Otto, Helga (SPD)	82
Ganseforth, Monika (SPD)	16	Dr. Pfaff, Martin (SPD)	73, 74
Göttсhing, Martin (CDU/CSU)	43	Poppe, Gerd (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Habermann, Michael (SPD)	87, 88	Reuter, Bernd (SPD)	14, 15
Harries, Klaus (CDU/CSU)	10	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	75, 76
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	62	Schmidt, Renate (Nürnberg) (SPD)	52, 53
Hilsberg, Stephan (SPD)	65, 66	Schreiner, Ottmar (SPD)	48, 94
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	56, 57	Schulz, Werner (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Kastner, Susanne (SPD)	81		6, 17
Kirschner, Klaus (SPD)	79, 80	Sielaff, Horst (SPD)	24, 25
Klemmer, Siegrun (SPD)	63, 64	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia (SPD)	60
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	3	Steen, Antje-Marie (SPD)	61, 77
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	35, 36	Stiegler, Ludwig (SPD)	33, 34
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	23	Stockhausen, Karl (CDU/CSU)	85
Kubatschka, Horst (SPD)	58, 59	Dr. von Teichman, Cornelia (F.D.P.)	39, 40
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	54, 55	Titze, Uta (SPD)	71, 72
Dr. Küster, Uwe (SPD)	44, 45	Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	1, 2
Lambinus, Uwe (SPD)	22	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	9
Lamp, Helmut (CDU/CSU)	11, 12	Wiechatzek, Gabriele (CDU/CSU)	89, 90
Lowack, Ortwin (fraktionslos)	42, 49	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	41
Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	32		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	19

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter
**Hans-Günther
Toetemeyer**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das von der Deutschen Bundespost initiierte und im Bau befindliche Frachtzentrum in Hagen Fley nicht an die unmittelbar hinter dem Gelände verlaufende Ruhr-Siegstrecke der Deutschen Bundesbahn angeschlossen werden soll, sondern geplant ist, das gesamte Frachtaufkommen (400 000 Frachtsendungen pro Tag) aus einem Umkreis von 150 km per LKW mitten durch Wohngebiete abzuwickeln, und steht diese Frachtabwicklung exemplarisch für sämtliche 33 Frachtzentren in der Bundesrepublik Deutschland?
2. Abgeordneter
**Hans-Günther
Toetemeyer**
(SPD)

Wie verträgt sich diese Konzeption, einen rund um die Uhr arbeitenden Betrieb – einschließlich von Sonn- und Feiertagen – über Straßen zu bedienen, bei denen schon heute mit 6 000 Fahrzeugen pro Tag eine unzumutbare Belastung der Anwohner stattfindet, um eine weitere Belastung von 700 LKW pro Tag zu erhöhen, mit der Übereinkunft der Umwelt- und Verkehrsministerien von Bund und Ländern vom Februar dieses Jahres, aus Gründen des Umweltschutzes der Schiene gegenüber der Straße absolute Priorität einzuräumen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
**Dr. Hans-Hinrich
Knaape**
(SPD)

War es nicht im Interesse der Bundesregierung, durch ihre Teilnahme an der Großveranstaltung des Deutschen Mieterbundes – Mieterbund Land Brandenburg e. V., die am 12. März 1992 in Bonn stattfand, den Forderungen der Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder nach Rechtssicherheit und Schutz für Mieter und Nutzer von Eigenheimen Gehör zu verleihen, oder wieso hat kein Vertreter der Bundesregierung, z. B. aus dem Bundeskanzleramt, der eigentlich angekündigt war, an der Veranstaltung teilgenommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

4. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung mit den Max-Planck-Gesellschaften (MPG) in Deutschland für den Zeitraum 1991 bis 1995 eine Wachstumsrate von real 5 % pro Jahr vereinbart hat und jetzt nur noch nominal 5 % pro Jahr für die MPG vorgesehen sind, wie es Prof. Merkle auf einem IHK-Kongreß in Stuttgart am 5. März 1992 kritisch festgestellt hat?

5. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)

Was will die Bundesregierung dagegen tun, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Grundlagenforschung immer mehr an Substanz verliert, weil die finanzielle Ausstattung der Max-Planck-Gesellschaften, der Fraunhofer-Gesellschaften und der Forschungsetats der Universitäten immer schlechter wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche
Zusammenarbeit**

6. Abgeordneter
**Werner
Schulz**
(Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge des Weltbank-Vizepräsidenten Lawrence Summers, der kürzlich forderte, Projektförderungen mit Weltbankgeldern und Mitteln des Global Environment Facilities Fonds müßten in Zukunft an die Bereitschaft von Staaten der sogenannten Dritten Welt gebunden werden, Giftmüll und stark verschmutzende Industrien aus den reichen Industriestaaten bei sich aufzunehmen, und inwieweit hat die Bundesregierung gegen solche Vorstellungen interveniert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

7. Abgeordneter
Hans Martin Bury
(SPD)
- Welche konkreten (finanziellen) Maßnahmen sind zur Unterstützung der Markteinführung im Bereich erneuerbarer Energien getroffen worden, um die unter Nummer 65 des Energieberichtes der Bundesregierung genannten acht Ziele zu erreichen?
8. Abgeordneter
Hans Martin Bury
(SPD)
- Was ist aus der vom ehemaligen Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Helmut Haussmann, im Sommer 1989 veröffentlichten Ankündigung einer Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft für eine Nachfolgeregelung für auslaufende Markteinführungshilfen im Bereich erneuerbarer Energien, die u. a. Investitionshilfen und Steuererleichterungen vorsah, geworden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

9. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Welche personellen, sächlichen oder finanziellen Hilfsmöglichkeiten gibt es nach dem Bundessozialhilfegesetz in der besonderen Notlage einer Seemannsfrau, deren Ehemann zur Zeit einer bevorstehenden (möglicherweise vorzeitigen) Entbindung auf See ist, für die Unterbringung bzw. Betreuung ihrer weiteren kleinen Kinder, wenn Verwandte, Freunde oder Nachbarn nicht zur Hilfeleistung herangezogen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

10. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die sachliche Notwendigkeit und die politische und rechtliche Möglichkeit, daß das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich in absehbarer Zeit seinen Betrieb aufnehmen kann?

- | | |
|---|--|
| 11. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Kosten zur Erhaltung der Kulturlandschaft dem Staat entstehen würden, wenn die Landwirtschaft diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen könnte? |
| 12. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die deutschen Landschaften für Erholungs- und Freizeit Zwecke genutzt werden, und welche Wertschätzung Erholungssuchende diesen Aktivitäten zumessen? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU) | Welche unmittelbaren und mittelbaren Hilfen gewährt die Bundesregierung in diesem Jahr und den kommenden Jahren den ost- und mitteleuropäischen Staaten zur Behebung von Umweltgefahren und Umweltbelastungen? |
| 14. Abgeordneter
Bernd Reuter
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch eine Pressemitteilung des Bundesgesundheitsamtes der Eindruck erweckt worden ist, daß der Umgang mit Bio- und Komposttonnen ein besonderes gesundheitliches Risiko darstellt, obgleich die dieser Behauptung zugrundeliegenden Untersuchungen völlig unzureichend waren? |
| 15. Abgeordneter
Bernd Reuter
(SPD) | Wird die Bundesregierung eine technische Anleitung für den Gebrauch der Abfallsysteme in der Bundesrepublik Deutschland herausbringen? |
| 16. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD) | Wann ist mit dem Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung der FCKW im internationalen, EG- und nationalen Bereich über die Bilanzierung der Reduktionsquoten in der Bundesrepublik Deutschland und über die Chlorbilanz der Atmosphäre zu rechnen (gemäß Beschluß vom 9. März 1989 zu Nummer 8.8 der Beschlußempfehlung in Drucksache 11/4133), und aus welchem Grund wurde 1991 kein Bericht vorgelegt? |
| 17. Abgeordneter
Werner Schulz
(Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Position des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die „Verordnung des Rates zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Gemeinschaft“, wonach alle Abfallexporte aus der Gemeinschaft, inklusive solcher zum Recycling oder weiteren Gebrauch, in „Nicht-OECD-Staaten“ zu stoppen sind, und wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die Position des Umweltausschusses auf der Sitzung des Ministerrates am 23. März 1992 eine Mehrheit findet? |

18. Abgeordneter
Gerd Poppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den beabsichtigten Export von gemischten Schredderabfällen aus der Bundesrepublik Deutschland zur Verwendung als Brennstoff für die ägyptische Zementindustrie, und inwieweit hat die Bundesregierung Schritte unternommen, um die damit verbundene Verschmutzung der Umwelt in Ägypten zu stoppen?
19. Abgeordneter
Gerd Poppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie vereinbaren sich Abfallexporte, auch solche unter der Bezeichnung „Wiederverwertung“, aus Industriestaaten in Staaten der sogenannten Dritten Welt bzw. nach Osteuropa und die damit verbundenen Umweltschädigungen mit dem Leitsatz der Vereinten Nationen vom Juni 1972, wonach alle Staaten sicherstellen müssen, daß Handlungen im Bereich ihrer Gesetzgebung und Kontrolle keine Schäden in anderen Staaten oder irgendwo jenseits der Grenzen nationaler Gesetzgebung verursachen?
20. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Pläne, ein bis drei Millionen Tonnen Autoschredder und Industriegummi (Altreifen) aus der Bundesrepublik Deutschland zur Rekultivierung von aufgelassenen Braunkohletagebauhalden an den südlichen Karpatenhängen in Rumänien einzusetzen, und wie sind solche Abfallstoffe nach deutschem Recht (TA Abfall) zu behandeln?
21. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, daß derzeit unter der Bezeichnung „Wiederverwertung“ in Rußland und der Ukraine Granulate aus Filterstäuben, Schlacken und Aschen der deutschen Metallindustrie zum Trockenlegen von Sumpfgebieten, zum Straßen- und Flughafenbau angeboten werden, und inwieweit ist dies mit der Umweltvorsorgepolitik der Bundesregierung vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

22. Abgeordneter
Uwe Lambinus
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verwicklung deutscher Staatsangehöriger in die Bürgerkriegsauseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien?

23. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Botschafter Großbritanniens und der USA in Prag in Briefen an Abgeordnete des Föderalparlaments der CSFR zum Ausdruck gebracht haben, daß ihre Regierungen die Vertreibung von über 3 Millionen Sudetendeutschen als eine „Aussiedlung“ betrachten, und ist die Bundesregierung diesbezüglich gegenüber den Regierungen Großbritanniens und der USA vorstellig geworden, um ihre Auffassung zu dem Vertreibungsunrecht an den Sudetendeutschen darzulegen?
24. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD)
- Welche Wirtschaftsförderung, Hilfen oder sonstigen finanziellen Zuwendungen erhielt der Staat Israel 1991, und welche Unterstützungen sind für 1992 vorgesehen?
25. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD)
- Werden Hilfen, Förderungen oder andersgearbeitete finanzielle Zuwendungen von Seiten der Bundesrepublik Deutschland von Fortschritten im Friedensprozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn abhängig gemacht, und ist es ausgeschlossen, daß evtl. Finanzmittel aus der Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt für die Siedlungspolitik Israels eingesetzt werden?
26. Abgeordneter
Wilfried Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist entsprechend der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage 4 in Drucksache 12/1839 die Führung des Rates für Rehabilitation der Rußlanddeutschen konkret in die deutsch-russischen Beratungen zur Errichtung einer deutschen Republik an der Wolga und in die Realisierung der von der Bundesregierung finanzierten Hilfsmaßnahmen für die Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion einbezogen worden, und wie erklärt es sich, daß das Führungsgremium der Rußlanddeutschen in Moskau bis heute noch nicht über ein funktionsfähiges Büro einschließlich der notwendigen Kommunikationsmittel (Telefax, Telex) verfügt?
27. Abgeordneter
Wilfried Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen hatten Interesse daran bekundet, die „Weltkonferenz über Menschenrechte“ im Jahr 1993 in ihrem Land abzuhalten, diesen Wunsch aber im Hinblick auf die Bewerbung der Bundesrepublik Deutschland für Berlin von sich aus oder nach der Intervention durch deutsche Botschaften zurückgestellt beziehungsweise zurückgezogen haben?
28. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen der NEW YORK TIMES zu, wonach US-Verteidigungsminister Cheney noch in diesem Monat ein politisches und strategisches Grundsatzdokument („Defense Planning Gui-

dance"), an dem auch führende Berater von Präsident Bush mitgewirkt haben, für ausgewählte Führungspersönlichkeiten des US-Verteidigungsbereichs bereitstellen wird?

29. Abgeordneter
**Freimut
Duve**
(SPD)

Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen der NEW YORK TIMES über den Inhalt dieses Dokuments („Defense Planning Guidance“) zu, wonach die USA vor allem auf die Perpetuierung ihres gegenwärtigen Status als einzige Supermacht und weniger auf „kollektiven Internationalismus“ im Rahmen der Vereinten Nationen Wert legen sollen, wenn ja, wird die Bundesregierung zu diesem, den Geist der NATO sprengenden Anspruch der USA auf den Status als alleinige Supermacht Stellung beziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

30. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die im Haushaltsjahr 1992 anfallenden Bundeszuwendungen für den Deutschlandfunk und RIAS ganz oder teilweise erstattet zu erhalten von ARD und ZDF, die in diesem Jahr allein für „Aufbau und Betrieb des nationalen Hörfunks“ Gebühren der Rundfunkteilnehmer in Höhe von mindestens 250 Millionen DM einnehmen werden?

31. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)

Hält die Bundesregierung die von der Ministerpräsidentenkonferenz am 12. März 1992 vereinbarten Eckpunkte zur Neuordnung des bundesweiten Hörfunks unter verfassungsrechtlichen und rundfunkpolitischen Gesichtspunkten für akzeptabel?

32. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Umstand, daß in London ab 14. April 1992 die von Schloß Dyk/Rheinland stammende Waffensammlung, die eine der bedeutendsten des 17. Jahrhunderts ist und die in historischer Zeit entstanden und nicht nachträglich zusammengesammelt worden ist, ein weiteres Indiz dafür ist, daß die deutschen Vorkehrungen zum Schutz nationalen wertvollen Kulturguts nicht wirksam sind, wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung eine gesetzliche Initiative zu ergreifen, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern?

33. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für rechtlich zulässig, die Sozialhilfe für Asylbewerber pauschal um 15% zu kürzen – vgl. Initiative der Bayerischen Staatsregierung –, und ist sie der Auffassung, daß eine solche Regelung mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar wäre?
34. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie war der Zustrom von Asylbewerbern und Zufluchtsuchenden in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in den letzten fünf Jahren, und warum müssen in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern auch diejenigen das Asylverfahren durchlaufen, die lediglich ein Bleiberecht nach der Genfer Flüchtlingskonvention erstreben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

35. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß die Continental AG Hannover als Erwerberin der Vogtländischen Reifenwerke Plauen sich an die mit der Treuhandanstalt geschlossenen Verträge hält, die einen Erhalt von 150 Arbeitsplätzen vorsehen und eine Aufstockung auf 230 Mitarbeiter bis 1993 festlegen?
36. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wo sonst noch in den östlichen Bundesländern sind ähnliche Demontagen, wie bei den Vogtländischen Reifenwerken Plauen, von Käufern vorgenommen oder versucht worden?
37. Abgeordneter
Franz Müntefering
(SPD)
- Arbeitet die Bundesregierung an einer Ausgleichsregelung im Zusammenhang mit der Rückübertragung von Grundstücken und Häusern im Bereich der ehemaligen DDR an Alt-Eigentümer, und ist sie bereit, noch vor dem 5. April 1992, dem Wahltag in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, Auskunft zu geben über voraussichtliche Abgaben, die von Alt-Eigentümern bei Rückübertragung gezahlt werden sollen?
38. Abgeordneter
Franz Müntefering
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, daß diese Vermögensabgabe rund ein Drittel des Rückgabewertes betragen soll, und beabsichtigt die Bundesregierung, auf diesem Weg rund 10 Milliarden DM Einnahmen zu erzielen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

39. Abgeordnete
**Dr. Cornelia
von Teichman**
(F.D.P.)
- Trifft es zu, daß die als Insektizide eingesetzten Pyrethroide unspezifisch auf Nerven wirken, d. h. nicht nur auf Insekten, sondern auf Wirbeltiere aller Spezies und auf den Menschen, und daß die Wirkung der Pyrethroide die Nervenwirksamkeit der früher verwendeten und teilweise verbotenen Insektizide sogar übersteigt?
40. Abgeordnete
**Dr. Cornelia
von Teichman**
(F.D.P.)
- Welche Prüfverfahren sind vorgesehen, die vor einer Anwendung von Pyrethroiden und anderen Insektiziden deren toxische Unschädlichkeit für Mensch und Wirbeltiere nachweisen?
41. Abgeordneter
**Simon
Wittmann
(Tannesberg)**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt nach Kenntnis der Bundesregierung die EG-Kommission das nationale Verbot der Verwendung von Atrazin in der Landwirtschaft hinsichtlich der Verträglichkeit mit dem EG-Recht, und gäbe diese Haltung der EG nicht auch die Möglichkeit, den nationalen Spielraum zur Einführung von leicht abbaubaren Produkten auf Pflanzenölbasis im Freilandinsatz (z. B. Hydrauliköl, Schalöle usw.) durch Gebote zu nützen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

42. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Was spricht nach Auffassung der Bundesregierung gegen die Unterstützung eines großangelegten Au-pair-Programms, mit dem es jungen Menschen aus den GUS-Staaten oder der Ukraine ermöglicht würde, neue menschliche und berufliche Erfahrungen in der Obhut deutscher Familien zu sammeln und damit langfristig zu wirklicher Verständigung und Freundschaft auf Dauer beizutragen?
43. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Werden die Arbeitsjahre, die vor 1945 von Bürgern in den ehemaligen Ostgebieten abgeleistet wurden und die nicht nachweisbar sind, auf die Rente angerechnet?

44. Abgeordneter
Dr. Uwe Küster
(SPD)
- Welchen zahlenmäßigen Umfang hat der durch das Asbestverbot durch Betriebsschließungen hervorgerufene Beschäftigungsabbau in den neuen Bundesländern, und in welchem Umfang sind die Entlassungen bereits erfolgt?
45. Abgeordneter
Dr. Uwe Küster
(SPD)
- Kann die Bundesregierung der Befürchtung von Beschäftigten aus Asbest-Betrieben folgen, daß sie angesichts der öffentlich bekannten Krebsrisiken in diesen Beschäftigungszweigen bei der Arbeitssuche benachteiligt sind, und welche arbeitsmarktpolitischen Schlußfolgerungen wird sie daraus ziehen?
46. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den neuen Bundesländern aufgrund der Berechnungsmodalitäten des Unterhaltsgeldes bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen einer Zielsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik dadurch entgegengewirkt wird, daß Teilnehmer/Teilnehmerinnen von Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung von der tariflichen Entwicklung ihrer Branche abgekoppelt werden mit der Konsequenz, daß diese Teilnehmer/Teilnehmerinnen finanziell schlechtergestellt werden als ABM-Beschäftigte und im Falle von Tariflohnerhöhungen auch schlechter als die Bezieher von Kurzarbeitergeld und daher oftmals aus finanzieller Not angebotene Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die im Interesse des wirtschaftlichen Wandels und im Interesse des Industriestandortes dringend nötig wären, nicht in Anspruch nehmen können, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das von der tarifvertraglichen Regelung abgekoppelte und in seiner Dynamisierung der Rentenentwicklung angepaßte Unterhaltsgeld für die Teilnehmer/Teilnehmerinnen von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen so zu erhöhen, daß die Schere zwischen den in den neuen Ländern erheblich gestiegenen Kosten der Lebensführung und dem faktisch nicht mehr den Lebensstandard sichernden Einkommen aus dem Unterhaltsgeld nicht noch größer wird?
47. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach einer finanziell verbesserten Ausstattung des Unterhaltsgeldes für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, indem beispielsweise die Dynamisierung nicht an die Rentenanpassung (§ 112 a AFG), sondern an die tatsächlichen Arbeitsentgelte wie beim Kurzarbeitergeld (§ 68 Abs. 1 und 2 AFG) anknüpft oder beispielsweise das Unterhaltsgeld zeitnah an die tarifliche Entwicklung

der entsprechenden Branche durch einen Dynamisierungsrhythmus von einem Vierteljahr angepaßt wird, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung außerhalb der Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes, die Teilnahmebereitschaft an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen dadurch attraktiver zu gestalten, daß der genannte Personenkreis an der tariflichen Entwicklung teilhat?

48. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)

Für welchen Zeitraum kann die Bundesregierung eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und eine Kürzung der aus diesen Systemen finanzierten Sozialleistungen ausschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

49. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, bei der zukünftigen Bundeswehrplanung den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr dem des erweiterten Katastrophenschutzes zumindest dort gleichzustellen, wo es sich um überörtliche Stützpunktfeuerwehren mit durch die deutsche Einheit bedingten erheblichen Mehrbelastungen handelt?

50. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Mit welchem Ergebnis, auch was die Kosten für notwendige Instandsetzungen betrifft, hat das Bundesministerium der Verteidigung eine künftige Unterbringung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) im bisherigen Stabsgebäude der Les Forces Françaises en Allemagne in Freiburg geprüft, und wie verhält sich der Aufwand für diese Lösung im Vergleich zu dem geplanten Neubau bzw. einer Unterbringung in der Villa Ingenheim in Potsdam?

51. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Wann und auf welche Weise wird der Bundesminister der Verteidigung Klarheit über den künftigen Standort des MGFA schaffen und damit eine bereits viele Monate dauernde Unsicherheit bei den Beschäftigten und ihren Familien beenden?

52. Abgeordnete
**Renate
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)

Kann die Bundesregierung die mir gegenüber in Drucksache 12/1381 S. 31 gemachten Angaben bestätigen, daß von den insgesamt 489 241 Wehrpflichtigen des Geburtsjahrganges 1966 400 297 zum Zeitpunkt der Musterung wehrdienstfähig, 215 333 zum Grundwehrdienst her-

angezogen wurden, und warum ist die Bundesregierung der Auffassung, daß trotz der bestehenden Regelung, daß Wehrpflichtige, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, nicht mehr einberufen werden, der Geburtsjahrgang 1966 nicht dafür herangezogen werden kann, wenn es darum geht, den Prozentsatz der tatsächlich zum Dienst herangezogenen Wehrpflichtigen zu berechnen?

53. Abgeordnete
**Renate
Schmidt
(Nürnberg)**
(SPD)

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß aufgrund der bestehenden Einberufungskriterien nicht davon auszugehen ist, daß beim Geburtsjahrgang 1966 eine Einberufungsquote von 97 bis 98 % erreicht werden wird?

54. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Welche militärische Funktion übt die Flugüberwachungsstelle der US-Streitkräfte auf dem Melibokusberg in Bensheim-Auerbach (Kreis Bergstraße) in Zukunft aus, und wann wird die Bundesregierung die konkrete Freigabe durch die US-Streitkräfte anfordern?

55. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die US-Streitkräfte nachdrücklich anzuhalten, daß die Nutzung des Standortübungsgeländes Viernheimer/Lampertheimer Wald nur im Rahmen des Nutzungszweckes, also nur für Übungen der in Mannheim stationierten US-Einheiten, erfolgt, und dafür zu sorgen, daß ab sofort die massiv darüber hinausgehende Nutzung durch außerhalb des Standortes Mannheim stationierte US-Streitkräfte eingestellt wird?

56. Abgeordneter
**Horst
Jungmann
(Wittmoldt)**
(SPD)

Wann wurde der Termin 13. März 1992 für die Vorstellung der Such- und Rettungsflugzeuge aller Teilstreitkräfte der Bundeswehr mit anschließender Pressekonferenz unter Leitung des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung und Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 5. April 1992, Dr. Ottfried Hennig, festgelegt, und wie hoch sind die Kosten für die Verbringung der drei Wochen vor der Landtagswahl zur Schau gestellten Einheiten (CH 53-Hubschrauber, Transall Transportflugzeug, UH 1 D SAR-Hubschrauber, Mi 2 und 8 SAR-Hubschrauber, Atlantic Langstrecken U-Jagdflugzeug, Seaking SAR-Hubschrauber, Sea Lynx Hubschrauber, Do 228 und 28 Transport- und Öl-Jagdflugzeuge) nach Kiel-Holtenau?

57. Abgeordneter
**Horst
Jungmann
(Wittmoldt)**
(SPD)

Welche Altlastenverdachtsflächen auf Bundeswehr- und NATO-Liegenschaften in Schleswig-Holstein sind der Bundesregierung bekannt, und um welche Art von Altlasten handelt es sich dabei jeweils?

58. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Schadstoffe wurden auf den Altlastenverdachtsflächen auf Liegenschaften der Bundeswehr, insbesondere bei den vier Altlastenverdachtsflächen beim Standortübungsplatz Landshut und der Altlastenverdachtsfläche beim Munitionsdepot Schierling gefunden, und hat sich die dort vermutete Kontamination bestätigt?
59. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung die erforderlichen Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen für diese Flächen, insbesondere beim Standortübungsplatz Landshut und beim Munitionsdepot Schierling, durchführen?
60. Abgeordnete
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
(SPD)
- Geht nach Auffassung der Bundesregierung von den Altlastenverdachtsflächen auf Bundeswehr- und NATO-Liegenschaften in Schleswig-Holstein eine Gefährdung für die in der Umgebung wohnenden Menschen aus?
61. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant oder hat die Bundesregierung bereits ergriffen, um eine Gefährdung der in der Umgebung wohnenden Menschen durch Altlasten aus Bundeswehr- und NATO-Liegenschaften in Schleswig-Holstein auszuschließen?
62. Abgeordneter
Reinhold Hiller (Lübeck)
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten, die für die Beseitigung der Altlasten auf Bundeswehr- und NATO-Liegenschaften in Schleswig-Holstein entstehen?
63. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Welcher Anteil (stoffliche Zusammensetzung und Mengenanteil) der etwa 300 Mio. t Munition aus ehemaligen NVA-Beständen muß vernichtet werden, und welche umweltverträglichkeitsgeprüften Einrichtungen stehen auf dem Boden der fünf neuen Länder dafür zur Verfügung?
64. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht – vorausgesetzt, der Bund übernimmt die finanziellen Anforderungen, die sich bei der Erkundung und Beseitigung von Rüstungsaltlasten ergeben –, daß die Verbrennung chemischen Rüstungsmülls wie auch großer Mengen Pulvers ohne jede Filtertechnik und unter Umgehung üblicher Genehmigungsverfahren unter ökologischen Gesichtspunkten unverantwortlich ist, daß daher dieselbe nicht mehr unter Eigenregie des Militärs erfolgen darf, sondern einer noch einzurichtenden bundeseigenen, öffentlich-rechtlichen Gesellschaft unter Beteiligung der Länder zu überantworten ist?

65. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)
- Welche Maßnahmen bzw. welches Äquivalent sieht die Bundesregierung für die Spreewerk Lübben GmbH für den Fall vor, daß entgegen eines mit dem Bundesministerium der Verteidigung bzw. dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung getroffenen Übereinkommens, wonach dieser Betrieb 1992 ca. 300 Mio. Schuß Munition aus den Beständen der NVA aufbereiten sollte, durch eine Sperrung der Munitionsanlieferung seitens des Bundesministeriums der Verteidigung zum 31. März 1992 die Arbeitsgrundlage erheblich gefährdet wird, was sich bereits jetzt in Form von Kurzarbeit deutlich abzeichnet und in absehbarer Zeit wahrscheinlich die Liquidation des Betriebes zur Folge haben dürfte?
66. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)
- Wieviel Schuß Munition sind von der Menge, die mit der Vereinigung aus den Beständen der NVA, des MinI und des MfS übernommen wurden, jetzt noch vorhanden?
67. Abgeordneter
**Holger
Bartsch**
(SPD)
- Entspricht es der Wahrheit, daß zwischen der Spreewerk Lübben GmbH und dem Bundesministerium der Verteidigung bzw. dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung ein Übereinkommen existiert, gemäß welchem der ehemalige Munitionsbetrieb mit der Delaborierung von ca. 300 Millionen Schuß Munition aus den Beständen der NVA für das Jahr 1992 betraut wurde bzw. worauf beruht eine diesbezügliche Auffassung in oben genanntem Betrieb?
68. Abgeordneter
**Holger
Bartsch**
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß nach Informationen aus dem Spreewerk Lübben GmbH die Lieferungen von Munition durch eine entsprechende Weisung des Bundesministeriums der Verteidigung an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung demnächst gestoppt wird, weil für die genannte Munition eine andere Verwendung vorgesehen sein soll?
69. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wann wird das aufzulösende Ahlhorner Hubschraubertransportgeschwader 64 (HTG 64) nach Hohn verlegt, und welche Anzahl aus den verschiedenen fliegenden Systemen wird dort stationiert?
70. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche Umbaumaßnahmen auf dem Fliegerhorst Hohn sind für den Fall der zusätzlichen Hubschrauberstationierung, z. B. zum Unterstellen und zur Wartung der Maschinen oder auch zur Unterbringung der Soldaten, erforderlich und beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

71. Abgeordnete
Uta Titze
(SPD)
- Welche Zahlenangaben aus den Jahren 1986 bis 1990 über die nach dem Bundes-Seuchengesetz gemeldeten Fälle an infektiöser Gastroenteritis („Enteritis infectiosa“) insgesamt und unterteilt nach Salmonellen und übrigen Formen sind der Bundesregierung bekannt?
72. Abgeordnete
Uta Titze
(SPD)
- Mit welcher Tendenz wird von der Bundesregierung – unterschieden nach alten und neuen Bundesländern – im Jahre 1991 gerechnet?
73. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Dunkelziffer und wie hoch könnte unter Berücksichtigung dieser Dunkelziffer die Anzahl der Salmonellenerkrankten sein?
74. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)
- Wie viele Menschen sind im Zeitraum von 1986 bis 1990 pro Kalenderjahr in Verbindung mit einer Salmonellen-Infektion verstorben?
75. Abgeordneter
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den durch Enteritis infectiosa verursachten wirtschaftlichen Schaden?
76. Abgeordneter
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
(SPD)
- Wer ist nach Meinung der Bundesregierung für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung der Enteritis infectiosa zuständig?
77. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Welche Aufgabe besitzt das Bundesgesundheitsamt bei der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung der Enteritis infectiosa, und welche Aufgaben kommen hierbei den verschiedenen Instituten zu?
78. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der HIV-Test nur für besondere Risikogruppen von den Krankenversicherungen übernommen wird, während Vorsorgeuntersuchungen beispielsweise gegen Krebs für jedermann ab einem gewissen Alter von der Krankenkasse übernommen werden, und wird sich die Bundesregierung für eine Änderung dieser Praxis einsetzen?

79. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen der Zahnärzte in Niedersachsen (KZV-Niedersachsen), die ab 1. April 1992 keine zahnärztliche Behandlung mehr auf Krankenschein vornehmen wollen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der damit verbundenen Verletzung des Sicherstellungsauftrages, die dazu führt, daß für Millionen Versicherte in Niedersachsen die zahnärztliche Versorgung nicht mehr gewährleistet ist?

80. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)

Ist aus Sicht der Bundesregierung dies keine Rechtsverletzung, wenn Millionen Versicherten die kassenzahnärztliche Behandlung verweigert wird, und sind diese Praktiken der niedersächsischen Zahnärzte u. a. das Ergebnis der von der Bundesministerin für Gesundheit geführten Strategiegespräche mit dem Freien Verband Deutscher Zahnärzte?

81. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Hält die Bundesregierung es nicht für notwendig, zu der am 24. März 1992 geplanten Konzertierten Aktion zur Sanierung der Trinkwasserversorgung in den neuen Ländern nicht nur die Gesundheitsminister der Länder, sondern auch die Umwelt-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsminister sowie Vertreter der Wasserwirtschaft, der Landwirtschaft, der Industrie bzw. der Treuhand und der Umwelt- und Verbraucherverbände einzuladen, um die notwendigen Maßnahmen mit den betroffenen und verantwortlichen Kreisen abzustimmen, und wie sollen Sanierungspläne für die Grenzwertüberschreitungen aufgestellt werden, wenn noch nicht alle Trinkwasseranlagen auf Grenzwertüberschreitungen untersucht worden sind?

82. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bestrebungen des Landeshygieneinstituts in Sachsen, die Trinkwasserfluoridierung im Rahmen der Trinkwasseraufbereitung wieder vorzuschreiben, obwohl die Wasserwerke und das Bundesgesundheitsamt dies ablehnen, der Grenzwert der Trinkwasserverordnung mit den veralteten Dossieranlagen kaum eingehalten werden kann und ältere Leute z. B. durch diese Zwangsbehandlung evtl. Skelettschäden erleiden müssen, und was wird die Bundesregierung ggf. gegen diese Zwangsmedikation der Bürger unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

83. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Stehen für den Ausbau eines City-Bahn-Netzes in einer Region wie Ulm/Neu-Ulm (160 000 Einw.) Bundesmittel zur Verfügung, oder können sie für diesen Zweck bereitgestellt werden?
84. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Welche Besonderheiten ergeben sich bei der Planung und dem Bau eines solchen Nahverkehrs-Bundesbahn-Netzes daraus, daß es sich um ein Bundesländergrenzen überschreitendes Projekt handeln würde?
85. Abgeordneter
Karl Stockhausen
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn sicherzustellen, daß bis zur Durchführung der geplanten Strukturreform der Deutschen Bundesbahn keine Strecken mehr stillgelegt und keine Privatgleisanschlüsse zu Industriebetrieben mehr gekündigt werden?
86. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Welche Veränderungen ergeben sich durch den neuen, ab Juni 1992 geltenden Fahrplan der Deutschen Bundesbahn für Zugverbindungen zwischen Münster/Westfalen und Berlin, und womit werden diese Veränderungen begründet?
87. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD)
- Wann wird nach Informationen der Bundesregierung der Neubau der Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Mannheim – Saarbrücken – Paris auf französischer Seite begonnen und fertiggestellt werden können, und ist die Finanzierung dieser Strecke gesichert?
88. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD)
- Wie sehen die Fahrzeiten bezüglich der Relationen Paris – Mannheim, Paris – Frankfurt und Paris – Berlin bei einer Ausbaustrecke und bei einer Neubaustrecke auf deutscher Seite jeweils aus, und auf welche Fahrzeiten haben sich der Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, und der Minister für Ausrüstung, Wohnungswesen, Verkehr und Weltraumfragen, Paul Quilès, bei der Vorbereitung des Regierungsgipfels am 6. März 1992 in Paris geeinigt?

89. Abgeordnete
**Gabriele
Wiechatzek**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Studenten Vergünstigungen bei Fahrten mit der Deutschen Bundesbahn hinsichtlich des Fahrpreises eingeräumt werden, die durch eine Altersbeschränkung auf 27 Jahre bei Studenten des zweiten Bildungsweges in der Regel entfallen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich Vergünstigungen für Studenten nach der Bedürftigkeit und nicht nach dem Alter richten müssen, insbesondere wenn man bedenkt, daß Studenten des zweiten Bildungsweges nicht mehr auf das Einkommen ihrer Eltern zurückgreifen können und oftmals bereits eine eigene Familie mit Kindern zu versorgen haben?

90. Abgeordnete
**Gabriele
Wiechatzek**
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der Benachteiligung von Studenten des zweiten Bildungsweges einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, dahin gehend einzuwirken, daß die Altersbeschränkung für Studenten des zweiten Bildungsweges aufgehoben wird, soweit sie einen geordneten Studienverlauf nachweisen können?

91. Abgeordnete
**Jutta
Müller
(Völklingen)**
(SPD)

Bezieht sich die in der Saarbrücker Zeitung vom 12. März 1992 wiedergegebene Aussage des Bundesministers für Verkehr, Dr. Günther Krause, am 11. März 1992 in Homburg/Saar, die Schnellbahnverbindung Mannheim — Saarbrücken — Paris könne auf deutscher Seite bereits 1997/1998 in Betrieb genommen werden, auf die reine Ausbaustrecke, und wenn ja, wann wird nach Meinung der Bundesregierung die von Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, wohl eher favorisierte Neubaustrecke in Betrieb gehen können?

92. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)

Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung die in der Saarbrücker Zeitung vom 12. März 1992 wiedergegebene Aussage des Bundesministers für Verkehr, Dr. Günther Krause, am 11. März 1992 in Homburg/Saar, daß bei der Realisierung der Schnellbahnverbindung Paris — Ostfrankreich — Südwestdeutschland mit einer reinen Ausbaustrecke von Saarbrücken nach Mannheim keine attraktive Fahrzeit zur Konkurrenzstrecke über Straßburg zu erreichen sei, mit der Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Dieter Schulte in einem Schreiben an den Ausschuß für Verkehr vom 30. Oktober 1991, die Bundesregierung strebe einen Ausbau der vorhandenen Strecke Saarbrücken — Ludwigshafen an, in Einklang zu bringen?

93. Abgeordnete
Elke
Ferner
(SPD)

Wie will der Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, sicherstellen, daß auf der Verbindung Mannheim — Saarbrücken — Paris attraktive Fahrzeiten im Vergleich zur Konkurrenzstrecke über Straßburg erreicht werden können, und wie sehen hierzu die planungsrechtlichen Vorbereitungen seitens der Deutschen Bundesbahn aus?

94. Abgeordneter
Ottmar
Schreiner
(SPD)

Ist die politische Führung des Bundesministeriums für Verkehr bereit, dem bereits am 30. Oktober 1991 mitgeteilten Wunsch aller saarländischen Bundestagsabgeordneten nach einem Gespräch über den Erörterungsstand für eine leistungsfähige Straßenverbindung zwischen Saarlouis und St. Avold nachzukommen, und gegebenenfalls wann?

Bonn, den 13. März 1992

